

Bundesanwalt wird vorgeladen

Die Gerichtskommission hat den ersten Schritt hin zu einem Amtsenthebungsverfahren von Michael Lauber gemacht. Er wurde für kommenden Mittwoch aufgeboten. Möglichst dann soll auch der Entscheid fallen, ob ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wird.

Lucien Fluri

BERN. Es ist ein Datum, das wohl auch Michael Lauber nicht so schnell vergessen wird: der 13. 5. 2020. Gestern hat die Gerichtskommission der vereinigten Bundesversammlung einen ersten Schritt hin zu einem Amtsenthebungsverfahren gegen den Bundesanwalt gemacht. Bevor jedoch entschieden wird, ob ein solches tatsächlich eingeleitet wird, hat Lauber das Recht, vor der 13-köpfigen Parlamentskommission seine Sicht der Dinge darzulegen. Dazu hat ihn die Kommission für kommenden Mittwoch aufgeboten. Möglichst dann soll auch der Entscheid fallen, ob tatsächlich ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wird. Dies sagte der Kommissionspräsident, FDP-Ständerat Andrea Caroni (FDP, AR), gestern Abend vor den Medien. Es wäre das erste Amtsenthebungsverfahren in der Geschichte des modernen Bundesstaates.

Überraschend käme ein solches allerdings nicht. Der Bundesanwalt ist schwer angezählt: Zuletzt platzte vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona der Sommermärchen-Prozess wegen Verjährung. Dabei ging es um ungeklärte Millionenzahlungen vor der Fussball-WM 2006 in Deutschland. Vorgeworfen wird dem 54-jährigen Lauber weiter, dass er mehrfach Fifa-Boss Gianni Infantino getroffen hatte, ohne dies vorschriftsgemäss zu protokollieren. An eines der Treffen will sich der Bundesanwalt nicht einmal mehr erinnern können. Wer dort alles dabei war, ist bis heute nicht restlos geklärt, was besonders heikel ist: War es, wie teils vermutet wird, ein Ermittler aus Laubers Truppe, könnten noch mehrere weitere Fussballverfahren platzen. Bereits im März kam die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA) zum Schluss, dass der Bundesanwalt verschiedene Amtspflichten verletzt hat. Er habe, so urteilte die Behörde, «mehrfach die Unwahrheit gesagt, illoyal gehandelt» und die Untersuchung der Behörde behindert. Zudem falle Lauber durch «Uneinsichtigkeit auf» und zeige «im Kern ein falsches Berufsverständnis». Die Aufsichtsbehörde kürzte ihm für ein Jahr den Lohn um acht Prozent. «Die Summe seiner Pflichtverletzungen ist erheblich.»

Die im Aufsichtsbericht festgestellten Vorwürfe nannte Kommissionspräsident Caroni als wichtigen Grund, ein Amtsenthebungsverfahren zu prüfen.



Für Bundesanwalt Lauber wird es immer enger.

BILD KEY

Der Bundesanwalt werde aber auch zu weiteren Vorfällen befragt, die seit Veröffentlichung des Berichtes in den Medien bekannt geworden waren.

Lauber nach wie vor kampfeslustig

Michael Lauber selbst habe die «Einladung» zur Kenntnis genommen, teilt die Bundesanwaltschaft auf Anfrage mit. «Er steht der Gerichtskommission selbstverständlich für weitere Auskünfte zur Verfügung.» In Bern wird zwar spekuliert, der Bundesanwalt könnte sich durch einen Rücktritt dem Verfahren entziehen. Doch gestern demonstrierte Lauber Kampfeswillen: Der Bericht, den die Aufsichtsbehörde vorgelegt habe, sei «kein abschliessender Befund», betont Lauber. Er müsse zuerst noch «einer gerichtlichen Überprüfung standhalten». Tatsächlich hat Lauber beim Bundesverwaltungsgericht eine Beschwerde gegen den für ihn vernichtenden Bericht der

Aufsichtsbehörde eingelegt. Ein Urteil steht noch aus. Lauber wirft seiner Aufsichtsbehörde zudem Verfahrensfehler und Befangenheit vor.

Wie geht es nun konkret weiter? Wird das Verfahren nächste Woche tatsächlich eröffnet, muss die Kommission danach prüfen, ob eine «schwere Verletzung von Amtspflichten» vorliegt oder ob dem Bundesanwalt die «fachliche oder persönliche Eignung» für das Amt tatsächlich fehlt. Ist dies abgeklärt, kann die Kommission dem Parlament den Antrag auf eine Amtsenthebung Laubers stellen, das dann darüber abstimmen würde.

Verfahren könnte lange dauern

Nicht abzuschätzen ist derzeit, wie lange ein Verfahren dauern würde. Zuerst müsste die Gerichtskommission auch entscheiden, ob sie Laubers Gerichtsbeschwerde gegen den Aufsichts-

«Die Kommission hat die Brisanz erkannt.»

Matthias Aebischer
SP-Nationalrat

bericht abwarten will oder nicht. Bis die letzte Instanz entschieden hat, könnte es dann länger dauern. Dabei stellt sich auch die Frage, ob die Kommission politische oder juristische Aspekte höher gewichtet. Ständerat Caroni betonte gestern mehrfach, wie wichtig ein faires Verfahren sei. Andere Politiker hätten gerne einen raschen Entscheid, auch um das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz zu stärken.

Schon länger klare Zweifel an der Arbeit des Bundesanwaltes hat Matthias Aebischer. Gestern zeigte sich der Berner SP-Nationalrat zufrieden. «Die Kommission hat die Brisanz erkannt», sagt Aebischer. Er sei froh, wie sachlich die Kommission gestern gearbeitet habe.

Noch im Herbst war Lauber – gegen den Willen der Gerichtskommission – vom Parlament knapp wiedergewählt worden. Er erhielt vor allem Support aus SVP, FDP und SP.

Die Gefahr hinter den Corona-Protesten

An Demonstrationen in Deutschland gegen die Corona-Massnahmen werden Mythen über Geheimbünde verbreitet. Experten warnen vor der neuen Protestbewegung.

Christoph Reichmuth

BERLIN. Auf dem Berliner Alexanderplatz ist eine Demonstration gegen die Corona-Massnahmen der Bundesregierung am letzten Samstag ausgeartet. Hooligans des Berliner Regionalligisten BFC Dynamo gingen aggressiv gegen Polizeikräfte vor. Daneben fanden sich Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die Angst vor Arbeitsplatz- und Statusverlust haben und Corona für nicht gefährlicher als eine normale Grippe halten.

Auch Impfgegner waren da. Und jede Menge Menschen, die kruden Theorien einer angeblichen Verschwörung von dunklen Mächten aufsitzen. Zu ähnlichen Szenen ist es auch in Stuttgart und München gekommen. Für das kommende Wochenende sind weitere Demos angesagt.

Demonstrationen gegen die teilweise rigiden Massnahmen zur Eindämmung des Virus sind legitim, sagt der renommierte Soziologe Wilhelm Heitmeyer.

Nicht jeder, der besorgt auf die Strasse geht, sei ein Warrkopf oder Extremist. Dennoch ist der 74-jährige emeritierte Professor für Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld besorgt darüber, was sich auf den Strassen deutscher Grossstädte in diesen Tagen zuträgt: Extremisten und Verschwörungstheoretiker versuchen, die Demonstrationen zu kapern.

Das Coronavirus wird als eine Erfindung abgetan. Dem amerikanischen Milliardär Bill Gates, der mit seiner Stiftung die Weltgesundheitsorganisation WHO fördert, wird unterstellt, eine Impfpflicht durchzusetzen. Zum einen, um finanziell davon zu profitieren, zum anderen, um die Bevölkerung mit in Wahrheit krank machenden Impfstoffen zu minimieren. Gates, so eine gängige Theorie, kontrolliere die Regierung von Kanzlerin Angela Merkel.

Heitmeyer spricht von einer diffusen Querfront-Bewegung, die sich gebildet hat. «Die gemeinsame Motivation richtet

sich nur vordergründig gegen die Einschränkungsmassnahmen. Eine hintergründige Motivation greift die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie an. Hier kommen rechte Bedrohungsallianzen ins Spiel.»

AfD: Treiberin der Bewegung

Zu den Treibern dieser Bewegung gehöre vor allem die im Bundestag vertretene AfD als Partei des autoritären «Nationalradikalismus», wie Heitmeyer betont. Die Verschwörungsmyschen würden bei vielen gerade deshalb verfangen, weil das Bedürfnis gross sei, «einen unsichtbaren Feind wie ein Virus in einen sichtbaren Feind zu verwandeln». Bei Verschwörungsmyschen müssten Gruppen identifiziert werden, welche dem «einfachen Volk» gegenüberstünden. «Dazu gehören oftmals auch Juden und ihre angeblichen Helfershelfer in der Mächtelite aus Politik und Medien.» In Krisenzeiten wie jetzt könnten sich Verschwörungsmyschen rasend schnell verbreiten.

Heitmeyer sieht in radikalisierten Bewegungen, wie sie sich nun gegen die Corona-Massnahmen gebildet haben, grosse Gefahren für die Gesellschaft. «Geschlossene Denkmuster werden rasch mit dem Recht auf Notwehr verbunden. Weil sich Anhänger von Verschwörungsmyschen in eine Opferrolle begeben und sich zugleich als moralisch überlegen sehen, wird Gewalt gegen definierte Gruppen wie Juden, Muslime oder Eliten legitimiert.»

In Folge der Corona-Pandemie dürfte die Arbeitslosigkeit steigen. «Die Folge davon könnte ein noch stärkerer Kontrollverlust für viele Menschen sein», sagt der Soziologe. Daraus könnte ein noch stärkerer Vertrauensverlust in die Politik entstehen, und das Verlangen, Schuldige für die eigene, missliche Situation zu suchen, droht zu steigen. «In der Krise entsteht immer das Autoritäre», gibt Heitmeyer zu bedenken. «Wir müssen wachsam sein, wer sich in solchen Kreisen tummelt.»



Eine Demonstration gegen die Corona-Massnahmen in Berlin.

BILD KEY